Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (7.7.2004)

Sand im Getriebe

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php Redaktion: sig@attac.de

Sonderausgabe

Elmar Altvater

Die Globalisierung frisst ihre Kinder

Oder

Die Überwindung selbst verschuldeter Unmündigkeit durch Globalisierungskritik

Ein Resumée zweier Vorlesungen im SS 2004

Warum Internationale Politische Ökonomie, zumal eine Kritik derselben? Warum kann man sich nicht damit zufrieden gaben, dass dieses Fach nun einmal in der Studien- und Prüfungsordnung des politikwissenschaftlichen Studiums am OSI vorgesehen ist? Die Antwort könnte einfach lauten: *„It's the globalization, stupid"*. Doch machen wir uns nicht selber dumm. Seit der Heraufkunft des kapitalistischen Weltsystems im „langen 16. Jahrhundert" bilden sich die souveränen Nationalstaaten mit ihren von Nicoló Machiavelli und Francois Bodin oder Hugo Grotius beschriebenen Charakteristika, die sich bis heute nicht grundlegend geändert haben. Sie lassen sich in einem Begriff kondensieren, und der lautet „Souveränität". Zeitgleich aber internationalisieren sich die ökonomischen Beziehungen, und es entsteht ein kapitalistisches Weltsystem mit sich globalisierenden Märkten und internationalen Beziehungen von Nationalstaaten. Märkte und Mächte bestimmen seitdem die Entwicklung. Politik und Ökonomie trennen sich also mit der Geburt des modernen Kapitalismus und bilden doch eine widersprüchliche Einheit. In der Politik werden Grenzen gesetzt und reguliert. Darin vor allem besteht die nationalstaatliche Souveränität über Gebiet, Bürger und Macht. In der Ökonomie hingegen werden Grenzen missachtet, als Hindernisse des grenzenlosen Verwertungsdrangs empfunden und mehr und mehr abgebaut. Begrenzende Regularien werden dereguliert, die Warenströme und Kapitalflüsse liberalisiert, die politischen Insignien der Souveränität mit den Sachzwängen des Marktes konfrontiert. Markt und Macht, Staat und Wirtschaft, Ökonomie und Politik sind die Kehrseiten einer Medaille, auch wenn diese groß wie der Globus ist. Das wussten die Klassiker, und deshalb betrieben sie politische Ökonomie. In seiner „Kritik der Politischen Ökonomie" stellte Karl Marx diesen Grundtatbestand der kapitalistischen Produktionsweise niemals in Frage. Die Ökonomie ist politisch, schon weil sich in der „auf dem Wert beruhenden Produktionsweise" Interessen und deren Organisationen gegenüber stehen.

I. Eine scheinbar unpolitische Ökonomie

Erst später entstand mit der Neoklassik eine scheinbar unpolitische Ökonomie, basierend auf dem „methodologischen Individualismus", der bis heute doktrinär-hegemonial ist. „Economics", die reine Ökonomie ist das Kontrastprogramm zur politischen Ökonomie, in der akademischen Welt der Gegenwart frustrierend dominant. Die Ökonomie, die weder politisch noch international ist, präsentiert sich als Selbstgewissheit der Moderne, und die Ökonomen fühlen sich als Hohepriester der Deutung ihres Fetisch, des wirtschaftlichen Geschehens. Die Märkte verlangen, agieren und reagieren. Die „Analysten" und Ökonomen sind sich sicher, die Wahrheit bei der Interpretation dessen, was die Märkte signalisieren, gepachtet zu haben. Eine politische Ökonomie, eine internationale politische Ökonomie und deren Kritik befinden sich vom Ansatz her außerhalb des Bannkreises der Ökonomen. Für die, die sich dem Bann der Lehre der Hohepriester, einer „Priestertrugslehre", wie Ideologien auch bezeichnet worden sind, zu entziehen versuchen, haben sie den Bannstrahl vorgesehen. Für die beinharten Neoklassiker sind politische Ökonomie und internationale politische Ökonomie keine Wissenschaft.

Ich muss dazu bemerken, dass ich selbst ausgebildeter und doppelt diplomierter Ökonom bin, also hoffen kann, über etwas zu reden, wovon ich etwas verstehe. Aus aktuellem Anlass kann man hinzufügen, dass der größte ökonomische Schwachsinn, etwa die Forderung nach einer Arbeitszeitverlängerung wie im 19. Jahrhundert, von manchen Medien noch ehrfürchtig aufgegriffen und als unverbrüchliche Wahrheit verbreitet wird, wenn er nur aus berufenem Hohepriester-Mund geäußert wird. Als ob in den vergangenen 150 Jahren keinerlei technischer, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt stattgefunden hätten! „Wahrhaft reich eine Nation", so heißt es in einer Schrift aus dem Jahre 1821, deren Verfasser nicht ermittelt werden kann, wenn statt 12 Stunden 6 gearbeitet werden. Wealth ist nicht Kommando von Suplusarbeitszeit, sondern disposable time außer der in der unmittelbaren Produktion gebrauchten für jedes Individuum und die ganze Gesellschaft." (zit. Nach Grundrisse: 594) Die „Schöpfung von viel disposable time" (ebenda: 595) ist Bedingung der Emanzipation. „Die wirkliche Ökonomie... besteht in Ersparung von Arbeitszeit..." (ebenda: 599). Die Ökonomen Sinn vom IFO-Institut und Zimmermann vom DIW und viele andere, die opportunistisch ins gleiche Horn stoßen, scheuen keine Anstrengung, die „selbst verschuldete Unmündigkeit", die Immanuel Kant durch Aufklärung zu überwinden verlangte, angesichts der angeblichen Sachzwänge der Globalisierung zum Prinzip zu erheben. Man kann sich zwar verzweifelt über das Ausmaß der antiaufklärerischen Unvernunft an den Kopf fassen. Man kann den Unfug der Hohepriester aber auch als eine dringliche Aufforderung verstehen, die Kritik dieser Art von Ökonomie, in der die Länge der Arbeitszeit zum Maß des Reichtums verkehrt wird (Grundrisse: 596) zu radikalisieren.

Markt und Macht sind also zu thematisieren und ihr widersprüchlicher Zusammenhang ist auf der Höhe der Zeit zu analysieren. Seit mehr als 200 Jahren lautet das liberale Paternoster, Macht müsse zu Gunsten des Marktes eingeschränkt werden, denn der Wettbewerb treibe den Erfindungsgeist an, vertiefe die internationale Arbeitsteilung und steigere daher die Produktivkräfte. Folglich wird überall in der Welt, so der Begründer der liberalen politischen Ökonomie Adam Smith, der „Wohlstand der Nationen" größer. David Ricardo, der andere große Klassiker, hat nachgewiesen, dass diese These auch gilt, wenn ein Land in der internationalen Konkurrenz in jeder Hinsicht absolute Wettbewerbsvorteile haben sollte und daher „eigentlich" nicht auf Austausch angewiesen sei. Doch kann es sinnvoll sein, Produktionsfaktoren aus den komparativ ungünstigeren Branchen abzuziehen und in die komparativ günstigeren zu lenken, weil man mit deren Mehrprodukt ja im anderen Land mehr Güter kaufen kann als man selbst zu produzieren in der Lage wäre. Die Gesetze der liberalen Ökonomie sind tatsächlich universal, sie gelten für alle Lagen.

Was zu Beginn der kapitalistischen Industrialisierung vor nahezu 230 Jahren außer Frage stand, bleibt auch in Zeiten der Globalisierung eiserner Glaubenssatz. Die Welthandelsorganisation (WTO) schreibt vom altliberalen Credo auf ihrer homepage, es handele sich dabei um *„the single most powerful insight into economics"*. Die heute der kapitalistischen Moderne neoliberal angepassten ökonomischen Glaubenssätze leiten also die Politik. Und nicht nur die der WTO. Manager Transnationaler Konzerne, die sich auf dem World Economic Forum in Davos oder auf Einladung von Kofi Annan beim Global Compact-Treffen in New York ein Stelldichein geben, oder neoklassisch-neoliberale Ökonomen an den Universitäten von Buenos Aires bis Berlin beten sie nach. Im Einheitsdenken, in der *„pensée unique"*, wie Pierre Bourdieu diesen Diskurs charakterisierte, ist für Alternativen, für theoretische Kritik und praktische Veränderung kein Platz. Das Paradies und die Vertreibung daraus kommen im liberalen Denken vor, weil dies so weit zurück in einer undatierbaren Vergangenheit liegt. Eine soziale Utopie, das von Carlos Fuentes so genannte Paradies der Zukunft, ist ihnen jedoch fremd und mehr als suspekt. Vom Schlaraffenland wollen sie nichts wissen, und das „Lob der Faulheit" wird sie empören. Allenfalls technische Utopien, bei deren Realisierung ein riesiges Geschäft herauskommen kann, regt sie auf. Kein Vorwurf ist vernichtender als der, ein Utopist zu sein. Und welche Alternative zum Faktischen enthält nicht auch utopische Elemente? Sind alternative Gesellschaftsentwürfe ohne die Anstrengung der konkreten Utopie überhaupt zu entwickeln? Ernst Bloch würde diese Frage vehement verneinen.

Wo das Bedürfnis nach Aufklärung abgestorben, Kritik ein Fremdwort und utopisches Denken verpönt sind, können die brutalsten, wenig reflektierten, gar bösartigen Vorschläge noch in einer willigen, weil unaufgeklärten Öffentlichkeit Resonanz finden. Von der Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts schrieb Karl Polanyi, sie habe sich aus der Gesellschaft „entbettet"

und wirke wie eine „Satansmühle", insbesondere auf die Arbeit und die Natur zurück. Diese reale Entbettung im historischen Prozess der „great transformation" wird im ökonomischen Räsonnement reproduziert. Gesellschaft, Moral, menschliche Bedürfnisse und natürliche Verletzlichkeit haben neben Kostenkalkül und Shareholder value keinen Platz. Das dafür nötige Sensorium ist den Ökonomen gründlich ausgetrieben worden.

Wie in der Welt des Voltaire'schen Candide ist die noch so schreckliche Realität dennoch die „beste aller möglichen Welten". Schwere Finanzkrisen, zunehmende Armut und hohe Arbeitslosigkeit könnten einen modernen Candide ebenso wenig erschüttern wie der globalisierte Krieg, der mit dem erdrückenden militärischen Apparat der Supermacht und ihrer Hilfswilligen geführt wird. Auch die Tatsache, dass alle menschenrechtlichen Schranken missachtet werden, ficht den modernen Candide nicht an. Alternativen werden nicht gedacht und erst recht nicht gemacht. Das Paradies ist etwas für die Vergangenheit, für die Zukunft taugt eine Utopie nichts. Weil diese Alternativ-, Hoffnungs- und Utopielosigkeit das neoliberale Denken kennzeichnet, ist der Stoßseufzer meines Freundes Rudolf Hickel zwar verständlich, aber kaum hilfreich: die Krise müsse sich wohl noch mehr verschärfen, um Neoliberale zum Umdenken und zum einsichtsvollen Selbstzweifel zu veranlassen (in Freitag, 9.7.04).

II. Die Macht und der Markt

Die ganze Welt ein Marktplatz, dereguliert und liberalisiert, auf dem sich die stärksten Macher durchsetzen können? In den Auseinandersetzungen von Cancún im September 2003 ist es den Entwicklungsländern zum ersten Mal seit den 1960er Jahren (als sie die Gruppe der 77 bildeten) gelungen, als Block aufzutreten, gegen die EU und die USA, die das Wasser des Freihandels predigen und sich selbst den Wein des Protektionismus, vor allem im Agrarbereich, genehmigen. Das ist eigentlich nichts Neues. Denn auch der paläo-liberale Adam Smith war glühender Protektionist, wenn es um die kommerziellen Interessen Englands ging: Er verteidigte schließlich die Navigationsakte und rechtfertigte militärisches Vorgehen gegen „barbarische Völker", wenn dies zum Schutz des „commerce" britischer Kaufleute notwendig sein sollte.

Die Aporien der liberalen Botschaft sind seit ihrer Geburtsstunde da, doch werden sie zu Beginn des neuen Jahrhunderts nicht mehr wie selbstverständlich akzeptiert; die „ideologische Legitimität" des Neoliberalismus sei dahin, stellt Walden Bello kühl fest. Der Markt zeigt sich als ein garstiger ökonomischer Ort, auf dem um Einfluss auf Preise, Absatzmengen, Zugangsmöglichkeiten zu den für die Verwertung interessanten Gebieten, um Rohstoffe und die beste und billigste Arbeitskraft gekämpft wird, und zwar keineswegs immer unter Beachtung des fair play ehrbarer Kaufleute. Die „Investoren", jene von den Medien zu „weissen Rittern" verklärten Kapitalisten, kämpfen mit harten Bandagen. Nach der Deregulierung der Märkte in den vergangenen 30 Jahren ist dieser Kampf fast regellos - und gnadenlos gegen die Schwachen und die Verlierer. Denn im „Survival of the fittest" gilt: *„The winner takes all"*. Die Mächtigsten in der Marktkonkurrenz sind die großen transnationalen Konzerne, deren Wertschöpfung das Bruttoinlandsprodukt von mittleren Staaten überschreitet. Die großen Fonds und Banken bewegen gewaltige Kapitalströme und sind in der Lage, ganze Weltregionen wie in Asien oder in Lateinamerika in Finanzkrisen zu stürzen. Auch die internationalen Organisationen spielen in diesem powerplay aktiv mit. Sie sorgen dafür, dass sich auch jene Länder dem globalen Marktplatz öffnen, die viel zu arm sind und daher nicht die Macht besitzen, um sich in der „kannibalischen Ordnung" der globalisierten Weltwirtschaft dagegen zur Wehr zu setzen, gefressen zu werden. Die „Plünderung" des Südens ist wie vor einhundert Jahren ein Thema, insbesondere von politischen Ökonomen aus südlichen Ländern (vgl beispielsweise Yash Tandon). Wer von freien Märkten und ihren Wohltaten redet, sollte also Macht, Zwang und Gewalt, Übervorteilung der Schwächeren, Korruption in den Beziehungen zwischen privatem und öffentlichem Sektor und – nicht zuletzt - die „Kriminalität mit weißem Kragen" nicht vergessen. Die liberale, besonders von den Neoliberalen der Freiburger Schule außerordentlich erfolgreich verbreitete Botschaft, der Markt funktioniere für den Wohlstand der Nationen bestens, wenn sich die Macht auf die Bereitstellung einer Wettbewerbsordnung beschränke, geht in geradezu grotesker Weise an den kapitalistischen Realitäten vorbei.

Konkurrenzmärkte mit etwa gleich starken Akteuren, die sich obendrein an die Spielregeln halten, gibt es nur im theoretischen Modell. Daher wird man das Wohlstandsoptimum, das vom Wirken des Marktmechanismus erwartet wird, ebenfalls nur im theoretischen Modell finden. Die Modellwelt ist wie ein Schutzpanzer, der die kritische Wahrnehmung der kapitalistischen Realität blockiert. Mehr noch: Versuche einer Kritik erscheinen als überflüssig und irrig. Wer vom hohen Sockel des wissenschaftlichen Sachverstands als sogenannter „Analyst" gegen verkrustete Arbeitsmärkte, zu hohe Steuern und Sozialabgaben, zu viel Staat und zu wenig Markt predigt und in einer globalen Finanzkrise mit der Autorität des Sachverstands den von der Finanzkrise betroffenen Ländern und ihren Eliten wegen der verbreiteten Korruption die Leviten liest, kann des Beifalls der Medien und Mächtigen sicher sein.

III. Die Erschaffung der Warenwelt durch Inwertsetzung

Die Unterstellung des Ökonomie-Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek, der Markt sei ein machtfreies Tauschssystem ohne institutionellen Unterbau, hat mit der Realität des modernen Weltmarktes nichts zu tun; die machtbesessenen Gurus der Börsenplätze und Finanzinstitutionen können über das Modell nur kichern. Denn zu allererst muss die Warenwelt erschaffen werden, damit die kapitalistische Dynamik auf freien Märkten überhaupt loslegen kann. Dass Bildungsdienstleistungen oder das Wasser als Ware verkauft werden, dass an indigenem Wissen Pharmakonzerne patentgeschütztes Eigentumsrecht erwerben, oder dass Bäume als Bauholz auf den Markt geworfen werden und exotische Fische Liebhaberpreise beim Verkauf erzielen, dass die öffentliche Sicherheit inzwischen im Angebot privater Sicherheitsfirmen steht und sogar Söldnerheere privat geheuert werden können, dass ein Kulturerbe der Menschheit, wie das Nationalmuseum in Bagdad oder die antiken Fundstellen Mesopotamiens zu Gunsten von privaten Antiquitätenhändlern mit Hilfestellung der Armee der „einzigen Weltmacht" ausgeraubt werden können – das alles ist nicht naturgegeben sondern die Folge einer umfassenden politisch machtvoll gestützten Privatisierung von öffentlichen Gütern, einer „Inwertsetzung", die in der langen Geschichte des Kapitalismus kein Ende findet. Die Schöpfungsgeschichte der Warenwelt endet daher nicht nach dem sechsten Tag. Der Gott der kapitalistischen Inwertsetzung kennt weder Pause noch den siebenten Tag der Ruhe, und er wird niemals, mit seiner Arbeit zufrieden, sagen, das Werk sei gelungen. Nein, es muss rastlos auf immer höherem Niveau (und bei längeren Arbeitszeiten) fortgesetzt werden.

Inwertsetzung - das ist die Durchdringung und Öffnung der letzten geschlossenen Ökonomien in der globalisierten Weltwirtschaft, das sind auch die Eroberung des Weltalls für die satellitengestützte kommerzielle Telekommunikation oder der staatlich geförderte Vorstoß in die Nanowelt der Gene. Das ist auch die weitgehende Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Einrichtungen und Güter, in die sich große Unternehmen einkaufen oder die sie sich für den berühmten „Appel und ein Ei" unter den Nagel reissen, wie bei den Privatisierungen in den ehemals real-sozialistischen Staaten oder jenen Ländern der Dritten Welt, die sich IWF-Strukturanpassungsprogrammen zu unterwerfen hatten. Eigentumsrechte der Privaten werden durch staatliche Gewalt zugeteilt und gesichert: durch Patentrechte, Grundbucheintragungen und das Strafrecht zur Abwehr von Eigentumsdelikten. Der Markt kann gar nicht existieren ohne die politische Macht, die Eigentumsrechte zuteilt und Nicht-Eigentümer wirksam vom Eigentum anderer fernhält. Kein Wunder also, wenn gerade im Hinblick auf Eigentumsrechte innerhalb des globalen Dienstleistungsabkommens GATS oder im Zusammenhang mit „intellektuellen Eigentumsrechten" an Computer-Software, Musik oder genetischen Codes heftig gestritten wird und als Ergebnis des Streits internationale Regime gebildet werden.

Wie ein ehemals hoher Manager der Deutschen Bank selbstbewusst mitteilte, bewegt sich die Politik im „Schlepptau der Finanzmärkte". Die Ökonomie hat das Primat, und in Zeiten der Globalisierung ist dieses bei den Finanzmärkten und deren Funktionsweise verbucht. Weniger arrogant, eher lässig hat dies der Spekulant Georges Soros während des brasilianischen Wahlkampfs um die Präsidentschaft im Jahre 2002 formuliert. Der Kandidat der Linken, Ignacio Lula da Silva, solle ruhig gewinnen, denn gegen die Finanzmärkte komme er sowieso nicht an. Denn „im modernen Globalkapitalismus wählen nicht die Brasilianer, sondern nur die Amerikaner." (TAZ 20.6.02). Die Wahlbürger verlieren also demokratische Rechte, denn „die Finanzmärkte" bzw. die auf ihnen wirkenden Akteure, die großen Banken, die Fonds und Rating Agencies, üben ganz selbstbewusst Sachzwänge aus, an denen sie das Staatshandeln bewerten. Wie Recht George Soros mit seiner süffisanten Bemerkung hatte, zeigt die Politik der Regierung Lula: Die finanziellen Verpflichtungen Brasiliens, einen Primärüberschuss im Staatshaushalt von 4% zu realisieren, werden eingehalten, auch wenn die sozialen Versprechen, den Hunger zu beseitigen und jeder Brasilianerin, jedem Brasilianer drei tägliche Mahlzeiten zu garantieren, unerfüllt bleiben.

IV. Die Herrschaft der Finanzmärkte

In den abstrakten Gefilden von Geld und Finanzen üben die Märkte tatsächlich eine Art absoluter Herrschaft aus. Sie bedürfen weder der demokratischen Legitimation, noch lassen sie sich vom Souverän, dem Volk kontrollieren. Die Akteure auf den internationalisierten Finanzmärkten tragen auch keine Verantwortung denen gegenüber, die von ihrem Tun betroffen sind: gegenüber den Menschen, die – nach Angaben der Weltbank – in den Finanzkrisen der 90erJahre zwischen 20 und 60 Prozent eines Jahreseinkommens verloren haben. In den Strudeln der finanziellen Instabilitäten, durch die ganze Völker „im Schlepptau" gezogen werden, sind viele Menschen untergegangen. Verantwortung tragen die Manager großer Banken, von Pensions- oder Investmentfonds und transnationaler Konzerne oder die Analysten der Rating Agencies nur gegenüber den Geldgebern, die von ihnen die größtmögliche Steigerung der Vermögen erwarten. Das ist die Demokratie der Marktteilnehmer. Jeder Dollar und jeder Euro zählt. Nur haben manche sehr viel davon, und die meisten sehr wenig. Wenn nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen 358 Reiche so viel verdienen wie 2,3 Milliarden Arme, dann ist zumindest auf globaler Ebene von politischer Demokratie ernsthaft nicht zu

reden. Die Millenniumsziele der Armutsreduktion um die Hälfte bleiben auf der Strecke. Die Weltbank muss zugeben, dass in manchen Weltregionen die Zahl der in Armut lebenden Menschen nicht geringer, sondern größer geworden ist.

Der moderne Sozialstaat der entwickelten Industrieländer und die verbesserte Bildung haben den Druck des freien Marktes etwas zurück genommen; doch Kündigungsschutz und Günstigkeitsprinzip, Arbeitslosengeld und Begrenzung der Zumutbarkeit werden nicht nur in Deutschland – im Zusammenhang mit „Hartz- I bis IV" und Agenda 2010 - so "reformiert", dass der Druck erneut entsteht. Es ist gut für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen „am Standort", wenn auf diese Weise die Lohnkosten für die Unternehmen gesenkt werden; das Triumphgeschrei der Medien nach der Arbeitszeitverlängerung bei Siemens auf 40 Wochenstunden (eine Lohnsenkung von mehr als 15%), um die Verlagerung von Arbeitsplätzen abzuwenden, dröhnt in den Ohren. Die Senkung der Kosten ist für die Arbeitskräfte gleichbedeutend mit einer Minderung ihrer Einkommen und möglicherweise auch des Lebensstandards. Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen geraten in der globalen Konkurrenz unter Druck, und dessen Richtung weist nach unten. So werden auch in Deutschland, einem Musterland des so genannten „rheinischen Kapitalismus", prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen, denen soziale Sicherheit, eine Errungenschaft der sozialstaatlichen Reformen des vergangenen Jahrhunderts, weitgehend fehlt. In allen Weltregionen, besonders aber im globalen Süden, breitet sich die so genannte informelle Arbeit aus. Das ist Arbeit ohne förmlichen Arbeitsvertrag, ungeschützt und mit unzureichender sozialer Absicherung, zumeist fehlt auch die organisierte Interessenvertretung durch Gewerkschaften. In den Entwicklungsländern sind zwischen 50% und 90% der Arbeitskräfte informell beschäftigt, in den Industrieländern liegt der Anteil zwar noch deutlich darunter, die Tendenz ist aber steigend. Die Internationale Arbeitsorganisation gibt an, dass an die eine Milliarde Menschen entweder arbeitslos oder prekär beschäftigt sind. Die Hartz-Reformen in Deutschland belegen, wie Ökonomie und Politik zur Senkung der Arbeitskosten in der globalen Konkurrenz auf Warenmärkten und zur Steigerung der Profite, bzw. des Shareholder-value in der globalen Konkurrenz der Finanzplätze zusammenwirken und wie die mediale Begleitmusik gemacht wird.

Paradoxerweise sind die korrektiven Kräfte des Wettbewerbs umso geringer, je freier die Märkte sind. Je weniger Regulation, desto größer auch der Spielraum privater Machtentfaltung für Erpressung und Bestechung, für Veruntreuung, Fälschung und Betrug, für die Befriedigung einer unersättlichen Gier, die viele Manager in den oberen Etagen erfasst hat. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds werden jährlich bis zu 1500 Milliarden US-Dollar schmutzigen, und daher informellen Geldes weiß gewaschen, also als Zahlungsmittel wieder formalisiert. Das sind fast 5 Prozent des globalen Sozialprodukts. Die schmutzigen Gelder entstammen der Korruption, aus Drogen- und Menschenhandel, Waffenschmuggel, Anlagebetrug und anderen Vergehen und Verbrechen. Als Geldwaschanlagen fungieren Steueroasen wie Liechtenstein, Luxemburg oder die Schweiz und andere so genannte Offshore-Zentren. Dabei handelt es sich um *„special jurisdictions"*, die die Reichen aller Herren Länder anziehen, weil öffentliche Kontrollen weitgehend beseitigt wurden. Die Staatlichkeit, so könnte man folgern, ist weitestgehend zurückgenommen, um in staatsfreien Räumen den Privaten alle Möglichkeiten zu bieten, kriminell erworbenes Geld, hinterzogene Steuern oder illegal aus manchen Ländern abgezogenes Kapital zu parken und in die globalen Finanzmärkte nach gründlicher Geldwäsche zurückzuschleusen, um im Trüben fette Geschäfte zu machen. Erst nach dem 11. September 2001 sind die Maßnahmen gegen Geldwäsche etwas verschärft worden. Denn offensichtlich nutzte auch der internationale Terrorismus die Waschanlagen für seine Zwecke. Die Offshore-Zentren mit ihrer Sondergesetzgebung - dabei handelt es sich manchmal nur um „einen Felsen, der bei Ebbe aus dem Ozean ragt" (Couvrat und Pless), manchmal um Staaten wie Russland oder Israel oder den US-Bundesstaat Delaware - könnten durchaus als politisch-ökonomische Einheiten reduzierter Staatlichkeit analysiert werden, als von den Akteuren der globalen Finanzmärkte „gekaperte" Staaten („state capture").

Auch bei der Verfügung über mineralische und vor allem energetische Ressourcen, den Treibstoff der modernen kapitalistischen Industriegesellschaft gilt das Recht des Stärkeren. Auch hier wirken Macht und Markt, Ökonomie und Politik zusammen. Denn die Rohstoffe müssen aus der Erdkruste herausgeholt werden, und das geht nur, wenn das Territorium souverän beherrscht und vom Souverän der Zugang ermöglicht wird. Obendrein müssen die Rohstoffe, vor allem das Erdöl, von den Quellen zu den Verbrauchern in den Industrieländern transportiert werden, mit Supertankern und durch Pipelines. Die Gewährleistung der „Energiesicherheit", d.h. der Ölversorgung der Verbraucherländer zu passablem Preis, ist nicht nur eine Frage der Etablierung von Eigentumsrechten an Grund und Boden. Alle interessanten Rohstoff-Territorien in der Welt der Moderne gehören zum Gebiet eines Nationalstaats (eine Ausnahme ist bislang lediglich die Antarktis). Also muss der jeweilige Staat bei der Extraktion des Öls und der Lieferung des schwarzen Stoffs an die Industrieländer kooperieren oder er muss dazu veranlasst und möglicherweise gezwungen werden – wie Adam Smith bereits vor 230 Jahren feststellte. Die Inwertsetzung von Rohstoffen ist daher in aller Regel mit einem Akt der Gewalt verbunden. Und dabei gibt es zu Beginn des 21. Jahrhunderts durchaus Ähnlichkeiten mit dem „alten" Imperialismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Es steht zu befürchten, dass die Gewaltförmigkeit einer Politik der Energiesicherheit angesichts der absehbaren Endlichkeit der Bestände (die Förderung hat in vielen Weltregionen den Höhepunkt überschritten) keine Ausnahme war. Die Träger der ökonomischen Globalisierung verbinden sich mit der Staatsmacht, vor allem mit den militärischen Eliten, zu einem Globalisierungs-Militarisierungs-Komplex, für den die Halliburton-Connection ein Beispiel sein könnte. Die Politik der neoliberalen Globalisierung wird wieder binär organisiert, durch die Einteilung der Welt in die Guten, die von „Schurkenstaaten" oder eine „Achse des Bösen" bedroht sind, in die „Willigen" und die „Unwilligen" oder die „neuen" und die „alten" Europäer.

Markt und Macht sind innerhalb des neoliberalen Projekts der Globalisierung eine Symbiose eingegangen. Die Widersprüche von Markt und Macht sind allerdings beträchtlich, und sie kommen seit dem 11.9.2001 besonders krass zum Ausdruck. Einerseits halten die USA in Guantanamo mehr als 600 Menschen gefangen, denen sie jeden Rechtsstatus, – den des Menschen, des Staatsbürgers, des Kriegsgefangenen, des Häftlings – bis zur kürzlichen Entscheidung des Obersten Gerichts verweigert haben. Die Guantanamo-Menschen sind noch nicht einmal vogelfrei, da sie ja hermetisch eingesperrt werden. Doch gleichzeitig verklagen amerikanische Versicherungskonzerne bin Laden und andere auf Hunderte von Milliarden Dollar Schadensersatz wegen des Attentats vom 11. September 2001. Die Forderung der Konzerne muss sich auch gegen die Guantanamo-Menschen richten, die somit, – oh Wunder, – als Wirtschaftssubjekte, die für Eigentumsdelikte monetär haften, wiederauferstehen, nachdem sie als Rechtssubjekte in ihrem orangenen Gefangenendress begraben worden sind.

V. Zentrale Kategorien der Internationalen Politischen Ökonomie

Angesichts der Weltprobleme und der Schwierigkeiten, sie zu erfassen, stellt sch die epistemologische Frage nach der Angemessenheit sozialwissenschaftlicher Kategorien und daher nach den Aufgaben der Theoriebildung. Es wäre jetzt möglich, die ganze Phalanx von theoretischen Ansätzen in der Internationalen Politischen Ökonomie eindrucksvoll angesichts des Reichtums der Disziplin auftreten zu lassen und sich an den wichtigsten Repräsentanten abzuarbeiten. Das soll im folgenden nicht geschehen. Es ist nur eine sehr grundsätzliche Positionsbestimmung in diesem Resumée zweier Vorlesungen möglich, und diese soll darin bestehen, die Grenzmarkierungen eines theoretischen Feldes internationaler politischer Ökonomie zu bezeichnen.

Eine Kritik der (internationalen) politischen Ökonomie heute kann nur eklektisch sein. Ihre Kategorien werden aus verschiedenen Theorietraditionen hergeleitet und systematisch verknüpft. Kritik bedeutet zunächst die Auseinandersetzung mit den Theorien auf der Höhe der Zeit. Sie ist erstens immanente Kritik, d.h. die Prüfung auf immanente Konsistenz, zweitens materialistische Kritik, d.h. die Relationierung der Theorien zu den herrschenden Verhältnissen. Drittens schließlich mündet sie in der Entwicklung einer Theorie, mit der die Gegenwart als Geschichte begriffen und zugleich Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft erarbeitet werden können – durchaus in praktischer Absicht. Die Marx'sche Theorie ist für diese Aufgabe besonders gut gerüstet – auch heute noch, und daher ist es jammervoll, dass die Universitäten nicht nur in Deutschland von den letzten Resten des kritischen Marxismus entsorgt werden.

Die Kategorie der Inwertsetzung ist einer der Eckpunkte des theoretischen Feldes. Sie erfasst die Tendenzen der Globalisierung als einen Prozess der Verdichtung von Raum und Zeit. Die historischen Formen der Inwertsetzung erlauben auch die Unterscheidung von Entwicklungsphasen des kapitalistischen Weltsystems: Von kolonialistischer räumlicher Expansion zum „alten" Imperialismus, zur multilateralen Globalisierung und zu einem US-amerikanischen Unilateralismus, der auch als neuer Imperialismus bezeichnet wird. Inwertsetzung verweist auf die Kategorie des Werts, auf Ware und Geld und den Fetischismus der Warenwelt, aber auch auf Arbeits- und Verwertungsprozess und soziale Ausbeutung. Hier können wir den Übergang zum theoretischen Ansatz und zur historischen Analyse von Karl Polanyi und Fernand Braudel finden: Die Kategorie der „Entbettung" enthält vieles von dem, was Marx als Waren- und Geldfetisch konzipiert, hat aber den Vorteil, dass die historischen Entwicklung bei der Transformation zur Marktwirtschaft genauer in den Blick genommen werden kann.

Das historische kapitalistische Weltsystem ist seit seiner Entstehung instabil und durchläuft Krisen. Das analytische Instrumentarium zum Begreifen von Krisen wird benötigt, um die ökonomischen Tendenzen der Akkumulation verstehen zu können. Freilich gibt es verschiedene Krisen: Konjunkturkrisen, Strukturkrisen, Hegemoniekrisen, Zivilisationskrisen mit unterschiedlicher Reichweite und Tiefe hinsichtlich der gesellschaftlichen Veränderungen. Kleine und große Krisen werden unterschieden, Krisen in der gesellschaftlichen Formation und die Formkrise, die die Formen der gesellschaftlichen Reproduktion erschüttert, also gesellschaftliche und politische Institutionen und Werte in Frage stellt. Die schweren Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte haben deutlich werden lassen, wie dringlich die Entwicklung einer der Globalisierung Rechnung tragenden Krisentheorie ist. Globalisierung kann als ein tiefgreifender Prozess gesellschaftlicher

Transformationen verstanden werden. Doch niemals transformieren sich nahtlos tradierte Formen in neue. Es entstehen vielmehr die „Zwischenformen" der „Informalisierung", die sowohl die Arbeit als auch Geld und Politik umfassen. Sie verfestigen sich und dauern lange, so dass die internationale politische Ökonomie gar nicht umhin kann, als die Tendenzen der Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik in den analytischen Horizont einzubeziehen.

Trotz der Krisenphänomene und der grundsätzlichen Instabilität eines Markt- und Geldsystems sind die politischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen System nicht gefährdet. Offensichtlich gibt es nicht nur ökonomische „Mechanismen" der Globalisierung, die Instabilitäten und Krisen hervorrufen, sondern politische und gesellschaftliche Puffer, die es verhindern, dass ökonomische Krisen zur Erosion der Herrschaft führen. Krisen sind vielmehr auch Phasen der Bereinigung von Widersprüchen, ein „Jungbrunnen des Systems", Prozesse der politisch-ökonomischen Stabilisierung. Zur Erklärung dieses Sachverhalts hat Antonio Gramsci den Begriff der Hegemonie entwickelt. Macht und diskursiv erzeugter Konsens wirken zusammen und ermöglichen die Bildung eines Schichten und Klassen umgreifenden „historischen Blocks" an der Macht. Die „neo-gramscianische" Internationale Politische Ökonomie, von Robert Cox über Stephen Gill bis Kees van der Pijl, hat ein inzwischen differenziertes analytisches Instrumentarium ausgearbeitet, an das insbesondere bei den Analysen von komplexen politisch-ökonomischen Systemen der „Governance" angeknüpft werden kann.

Alles menschliche Handeln, ökonomische Prozesse und politische Entscheidungen finden im Medium der Natur statt. Für die meisten Ansätze der internationalen politischen Ökonomie ist dies so selbstverständlich, dass es keiner besonderen kategorialen Anstrengung bedarf, um die Naturgebundenheit allen Handelns zu begreifen. Doch angesichts der globalen Umweltkrise kann nicht darauf verzichtet werden, ein der Problematik angemessenes analytisches Rüstzeug zu entwickeln. Die thermodynamische Ökonomie ist hier hilfreich, zumal ihre Kategorien anschlussfähig sind, sowohl im Hinblick auf die Marx'sche Werttheorie als auch in bezug auf die Theorie der Entbettung, der Krisen und der Hegemonie. Mit der thermodynamischen Ökonomie ausgestattet ist es nicht möglich, von Raum und Zeit zu abstrahieren, wie es in der sozialwissenschaftlichen Modellwelt häufig geschieht. Die Irreversibilitäten und die Entropiesteigerung aller Stoff- und Energietransformation verweisen auf die Gerichtetheit der Zeit und desavouieren eine Theorie, die dem nicht Rechnung trägt, die das Prinzip der Nachhaltigkeit negiert.

So können sehr skizzenhaft die Eckpunkte eines theoretischen Feldes markiert werden, das von einer Internationalen politischen Ökonomie bearbeitet werden muss – in kollektiver Anstrengung und disziplinübergreifend. Die zentralen Kategorien, an denen jeweils ein Komplex von Theorien hängt, sind: Inwertsetzung, Krisen, Entbettung, Hegemonie und Diskurs, Entropie und Nachhaltigkeit. Internationale politische Ökonomie kann nur als Einheit von ökonomischer, sozialer, politischer und ökologischer Theoriebildung gedacht und fortentwickelt werden.

Die Vorlesungen als PDF-Dateien unter http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/altvater/

VI. Von der Globalisierungskritik zur globalen Bewegung

Was bedeutet dies für die politische Praxis? Fangen wir mit der sympathischen Schlussfolgerung von John Holloway an, es gehe bei der Entwicklung von Alternativen zur neoliberalen Ordnung gar nicht um Macht. Doch auch wenn die politische Macht außen vor bleiben sollte, geht es doch um den Markt, um den Wettbewerb und das kapitalistische Prinzip der Profiterzielung, wie Samir Amin überzeugend darlegt: "In Wahrheit verbirgt sich in der Konkurrenz des Marktes nämlich die Logik der Profitmaximierung". Profitmaximierung ist nicht in erster Linie das Resultat der spontanen Wirkungen des Marktes, sondern der Verfügung über und des Einsatzes von Machtdispositiven, vor allem im Produktionsprozess, der dem Austausch auf dem Markt vorgeschaltet ist. Die Macht ist niemals unbegrenzt, obwohl ihr das Streben nach Grenzenlosigkeit eingeschrieben ist. Mit Antonio Gramsci könnten wir argumentieren, dass die Ökonomie und ihre Prinzipien, der Markt und die ökonomische Macht, ergänzt werden durch die Macht des Staates, aber auch durch die wirksamen Mechanismen der Erzeugung von Konsens in der Zivilgesellschaft – und diese drei Elemente zusammen genommen sichern die Hegemonie der herrschenden Klassen. Eine Strategie der Verwirklichung der anderen, möglichen Welt, kann nur erfolgreich sein, wenn die sozialen Akteure auf „drei Hochzeiten tanzen": in der alternativen Ökonomie, in den Bewegungen der Zivilgesellschaft, aber auch auf die Macht in Gesellschaft und Staat zielend. So wird aus einer Theorie der Notwendigkeiten und einer Politik der Sachzwänge eine Theorie des Möglichen und eine Politik der gesellschaftlichen Gestaltung. Die selbstverschuldete Unmündigkeit kann durch eigene theoretische und praktische Anstrengungen überwunden werden.

Die Alternativlosigkeit der Welt des Candide wird begründet in Zweifel gezogen, und an den Bruchstellen der liberalen Ordnung lässt sich nicht nur das Chaos einer als „exkludent" bezeichneten Globalisierung erkennen, sondern es entstehen dort auch Bewegungen, die selbstbewusst davon ausgehen, dass „eine andere Welt möglich ist". „Die Utopie ist machbar, Herr Nachbar", hieß es zu Spontizeiten. „Globalisierungskritiker" oder „Altermondialisten", wie sie inzwischen auch genannt werden, gehen dem Neoliberalismus zum Trotz davon aus, dass die Geschichte nicht mit der Globalisierung von Markt und formeller Demokratie beendet sei, sondern immer noch von Menschen gemacht wird, die vernunftgeleitet sind und um Auswege aus einer selbstverschuldeten Unmündigkeit nicht verlegen sind.

Gegenbewegungen gegen die Auswüchse der Globalisierung melden sich weltweit zu Wort. Was bringt ATTAC und Via Campesina, die Bewegung der Landlosen Brasiliens und Frauengruppen aus Südafrika oder Indien zusammen? Etwas vereinfacht gesagt: die Suche nach wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternativen zur gegenwärtigen Globalisierung, die kollektive Anstrengung, aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit" heraus zu kommen, also die Tradition der Aufklärung auch in Zeiten der Globalisierung fortzusetzen. Die Zeitstrecke von der Vergangenheit in die Gegenwart lässt sich historisch-empirisch analysieren, um die „Gegenwart als Geschichte" – wie ein Buchtitel des kürzlich verstorbenen US-amerikanischen Marxisten und Herausgebers von „Monthly Review" Paul M. Sweezy lautet – zu verstehen. Die Zeitstrecke von der Gegenwart in die Zukunft aber wird von uns selbst gestaltet, und dazu benötigen wir die schon oft erwähnten Utopien und – auf niedrigerer Ebene – normative Vorgaben. Viele Vorschläge und Forderungen der „Altermondialisten" weisen über den Kapitalismus keineswegs utopisch hinaus. Die globale Konkurrenz sollte wieder reguliert werden – mit Sozial- und Umweltstandards im Welthandel, Regeln für die Finanzmärkte, die deren spekulatives Überschießen verhindern, und vor allem die seit Jahrzehnten extrem hohen Realzinsen auf ein vernünftiges Niveau absenken, um nicht weiterhin den Finanzsektor gegenüber der realen Ökonomie und so die Spekulation von wenigen Finanzmagnaten gegenüber der Beschäftigung der Millionen Menschen zu begünstigen.

Alle diese und noch viele andere Maßnahmen weisen in die Richtung einer im Zusammenhang des Weltsozialforums so genannten „Deglobalisierung", bzw. einer jenseits der neoliberalen Ordnung schon praktisch erprobten „solidarischen Ökonomie". Eine schlechte Utopie wäre es, die Globalisierung rückgängig machen zu wollen. Eine konkrete Utopie hingegen wäre die Globalisierung mit menschlichem Maß. Die sozialen Verwerfungen in der Welt, die immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen für immer mehr Menschen, die globale Umweltkrise sind ein Ausdruck davon, dass die globalisierte Ökonomie in einer Sackgasse mit hohem Tempo gegen die Wand gelenkt wird, gesteuert von bornierten Managern, die vor allem den Shareholder value, Wachstum und Machterhalt vor Augen haben. Das Drama des Turmbaus zu Babel wiederholt sich. Nicht nur technische Schwierigkeiten mit der Statik des Riesenkomplexes waren für das Scheitern verantwortlich. Die babylonische Sprachverwirrung hat die Kosten der Arbeitsorganisation and andere Transaktionskosten beim Bau des Turms so sehr gesteigert, dass das frühgeschichtliche Globalisierungsprojekt nicht zu Ende gebracht werden konnte. Grenzen und Regeln müssen respektiert werden. Doch sind diese in der Hybris der Globalisierung weitgehend dereguliert worden. Und auch wieder nicht, denn die großen Nationalstaaten und die großen ökonomischen Akteure üben Macht aus, ungeregelt und daher undemokratisch und zu Lasten der weniger Mächtigen. Die „Globalisierung frisst ihre Kinder".

Dies gilt es zu verhindern. Durch die globale Vielfalt der Bewegungen und Aktionen, und durch die Intensivierung einer großen Debatte, in der die emanzipatorischen Gehalte der kritischen Politischen Ökonomie herausgearbeitet werden, um –die Menschen mit den Mitteln der Aufklärung aus ihrer „selbst verschuldeten Unmündigkeit" zu erheben. Diesem Ziel haben die Vorlesungen dieses Semesters zur Politischen Ökonomie und zur Internationalen Politischen Ökonomie, so hoffe ich, ein wenig gedient. Die Universität ist ein Ort der Reflexion, der Theoriearbeit, der Anstrengung zum Zwecke gründlicher Einsicht. Hat dies mit verändernder Praxis zu tun? Ja, denn mit Bertold Brecht kann man fragen: „Einer, der sich selbst begreift, wie sollte der aufzuhalten sein?"

attac-Sommerakademie

in Dresden (31.7. - 4.8.)
Elmar Altvater:
Kritk der Gesellianer (Mo, 2.8.)
Debatte mit A. Callinicos über sein:
„Antikapitalistische Manifest" (Di, 3.8.)
www.attac.de/soomerakademie2004